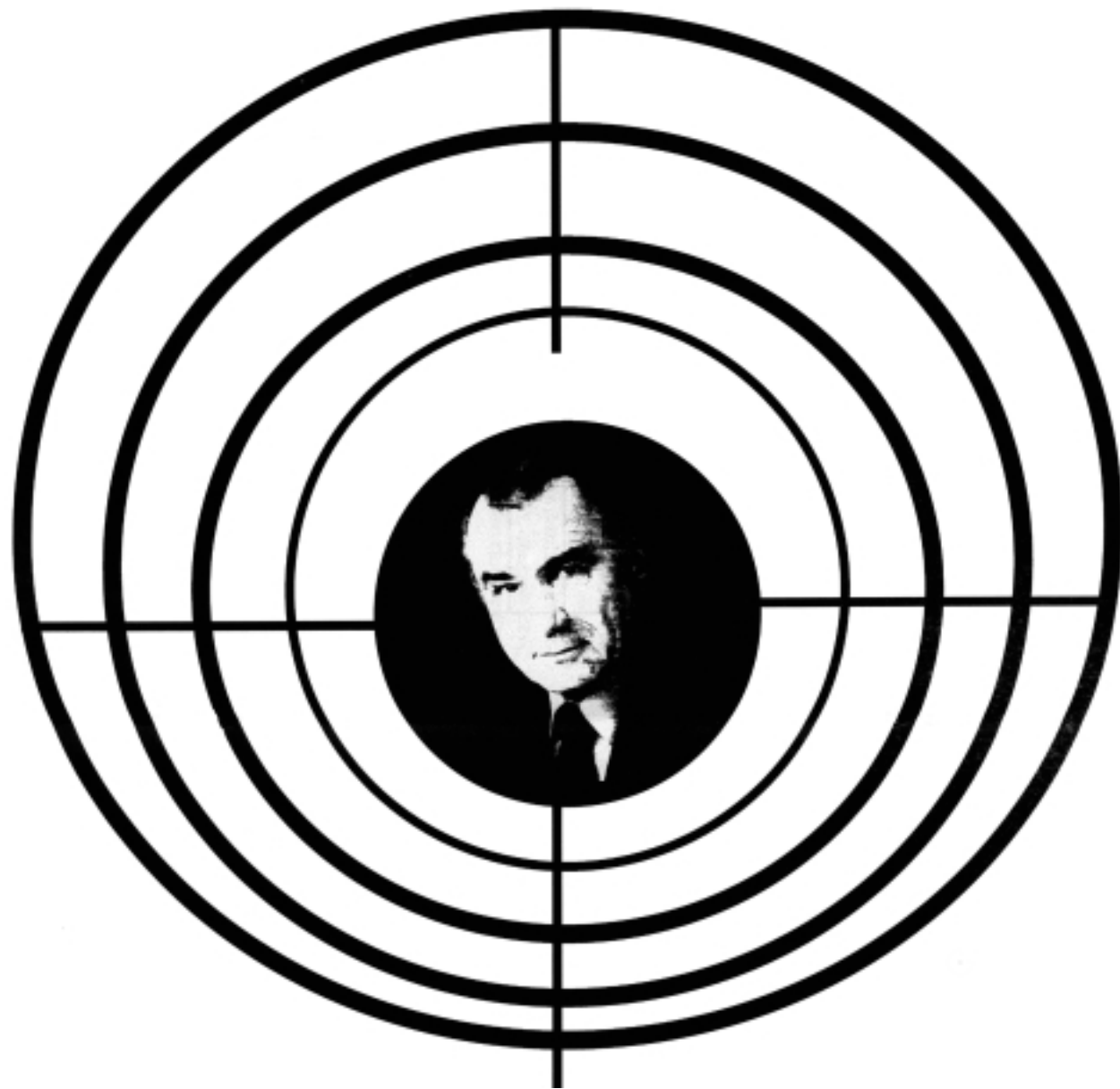


# Der Angriff auf Sallmutter ist ein Angriff auf alle arbeitenden Menschen!



**Gegen die Zerschlagung und  
Privatisierung der Sozialversicherung!**

**Solidarität unsere Chance!**

Österreichisches Solidaritätskomitee, 1160 Wien, Ottakringer Straße 242/4/15  
E-Mail: w.leisch@yline.com

Flugblatt

# **Solidarität**

**unsere Chance**

5. Juli 2001

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees  
1160 Wien, Ottakringer Straße 242/4/15; E-Mail: w.leisch@yline.com

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Mit der nebenstehenden  
Plakette trat die über-  
parteiliche

### **Plattform „Keine Zerschlagung der Sozialversicherung“**

am 27. Juni bei einer  
Pressekonferenz an die  
Öffentlichkeit und präsentierte unter dem Motto: Der  
Angriff auf Sallmutter ist ein  
Angriff auf alle arbeitenden  
Menschen! Gegen die Zer-  
schlagung und Privatisie-  
rung der Sozialversicherung!  
knapp 55.000 Unterschriften.

An dieser Stelle herzlichen  
Dank an alle, die sich bisher  
in Sachen „Keine Zerschla-  
gung der Sozialversiche-  
rung“ engagiert und einge-  
setzt haben. Ohne unser  
gemeinsames engagiertes  
Auftreten wäre auch das,  
was jetzt stattfindet nicht  
möglich gewesen.

Die vorgelegten 55.000  
Unterschriften wurden in  
Kleinarbeit ohne Unter-  
stützung der Apparate und  
trotz mancher Repressalien  
in Firmen in nur 2 Monaten  
gesammelt. Die Propon-  
entInnen legten dar, dass sie  
die Erfahrung machten,

**Fortsetzung auf Seite 2**



# 55.000

Unterschriften, gesammelt von Betriebsrätinnen und  
Betriebsräten an der Basis in nur 2 Monaten auf Initiative der  
überparteilichen PLATTFORM

**Gegen die Zerschlagung und  
Privatisierung der Sozialversicherung!**

**Nur einheitliches und entschlossenes Auftreten von unten  
kann den Sozial- und Demokratieabbau stoppen**

dass bei den Menschen, bei denen sie sammelten, eine große Betroffenheit und Empörung vorhanden ist und nach vehementer Ablehnung dieser Angriffe verlangt wird. Es wurden die Angriffe auf die Sozialversicherung seitens der Regierung und der Wirtschaft aufgezeigt und angeprangert sowie vom ÖGB ein Ende seines „Kuschelkurses“ und Aktivitäten wie z.B. die Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz verlangt. Wir wissen, dass dies mittlerweile in einigen Gewerkschaften vor der Demonstration am 5. Juli stattgefunden hat.

**Die BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen der PLATTFORM, die wir als Solidaritätskomitee mitbegründet haben und in der wir aktiv mitarbeiten, haben mit diesen 55.000 Unterschriften doch einiges beitragen und auslösen können.** Endlich hat auch die ÖGB-Spitzen erkennen müssen, dass weiteres Zuwarten nur die Regierungs- und die Wirtschaftsseite stark macht und hat zur Demonstration am 5. Juli 2001 aufgerufen.

Wie gesagt - und das zeigen auch Umfragen, die arbeitenden Menschen wollen keine Zerschlagung der Sozialversicherung und keinen Abbau von sozialer Sicherheit und Demokratie. Wir haben eine große Verantwortung. Wichtig ist, dass sich immer mehr Menschen selbst einschalten und von ihren Gewerkschaften aktiv unterstützt werden. Damit sie sich das leichter getrau-

en, ist es unerlässlich, dass sie die Gewerkschaften auch als ihre Interessensvertretung sehen, die für sie erlebbar da ist. Es darf nicht sein, dass passiert, dass der Anlassgesetzgebung der Regierung bloß eine Ankündigungspolitik von SPÖ- und Gewerkschaftsspitze entgegengesetzt wird. Setzen wir über den 5. Juli hinaus Zeichen, dass die ÖGB-Führungsebenen ab 6. Juli nicht wieder in Lethargie verfallen können, sondern ihre Ankündigungen wahr machen, die Interessen der arbeitenden Menschen mit Kampfmaßnahmen zu unterstützen, sollte die Regierung die Sozialversicherung zerschlagen.

Denn eines ist sicher: Siegt die Regierung bei der Zerschlagung der Sozialversicherung, stehen als nächstes die Arbeiterkammern, die Gewerkschaften und die Belegschaftsvertretungen in den Betrieben auf der Abschussliste von Blaubraun-Schwarz.

Mit solidarischen Grüßen

*Österreichisches  
Solidaritätskomitee*

Bitte schickt uns – sofern vorhanden – auch Eure E-mail-Adressen, damit wir Euch im Fall des Falles schneller erreichen können.

Unser E-mail-Adresse:  
**w.leisch@yline.com**

## Jetzt handeln!

### Was steckt hinter dem Streit um die Sozialversicherung?

Es geht einerseits um die Zerschlagung der Sozialversicherung im Interesse der privaten Versicherungskonzerne und andererseits um einen weiteren massiven Angriff auf die arbeitenden Menschen über den Weg der Schwächung bzw. letztlich Demontage von Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Betriebsräten als Interessenvertreter der arbeitenden Menschen.

### Kassendefizit als Vorwand

Das Defizit der Krankenkassen dient als Vorwand für die Absetzung von Hans Sallmutter und die Abschaffung der bisherigen Sozialversicherungsstrukturen. Jetzt sollen in der Sozialversicherung direkt Unternehmer und die Regierung das Sagen haben.

Das Defizit resultiert einerseits aus den steigenden Medikamentenkosten und den Spitzen-Ärztgehältern. Allein die Medikamentenkosten stiegen z.B. von 1997 bis 2000 um 8 Milliarden Schilling. Direkte Regierungsmaßnahmen zu Gunsten der Unternehmer haben ebenfalls das Defizit der Sozialversicherung vergrößert. So hat die Regierung den Unternehmeranteil an der Unfallversicherung letzte Jahr um 0,2 % gesenkt, das kostet die Sozialversicherung ca. 1,7 Milliarden Schilling pro Jahr! Weiters hat sie den Krankenversicherungsbeitrag der Unternehmer gesenkt, das kostet die Sozialversicherung ca. eine weitere Milliarde pro Jahr.

Das Krankenkassendefizit wird im heurigen Jahr ca. 3,9 Milliarden Schilling betragen und wurde bewußt herbeigeführt, um eine Vorwand zur Zerschlagung der Sozialversicherung und zur Privatisierung des Gesundheitswesens zu haben, denn da gibt es noch riesige Profite für die Versicherungskonzerne zu holen. Ein Markt von 480 Milliarden Schilling, auf den die privaten Versicherungskonzerne derzeit keinen Zugriff haben. Mit der von der Regierung betriebenen Politik die Sozialversicherungen per Gesetz Geldmittel weg zu nehmen, will man die Kassen bewußt in die totale Verschuldung und die Menschen in die Privatversicherung treiben. Ziel ist eine Zwei-Klassen-Medizin!

Eine **Besteuerung von Vermögen** in Österreich, ähnlich wie in den USA,

Großbritannien oder Japan, **würde** im Vergleich dazu ca. **140 Milliarden Schilling pro Jahr bringen**. Es gäbe kein Budgetproblem, es gäbe kein Kassenproblem, es gäbe kein Pensionsproblem.

### Schluß mit der Anbiederung!

Schluß mit der Anbiederung an die Unternehmer. Die Gewinne der SPÖ bei den Wahlen in der Steiermark, im Burgenland und in Wien waren eine klare Aufforderung an die Parteispitze endlich eine Arbeitnehmerpolitik zu machen, sie waren eine klare Absage sowohl an die schwarz-blaue Regierungspolitik als auch an die Politik des „Bankdirektorenflügels“ (Kreisky) in der SPÖ.

Eine Fortsetzung der Politik der „Ausöhnung mit der Wirtschaft“ wie sie auch Gusenbauer vertritt kann nur die völlige Aufgabe der Interessen der arbeitenden Menschen bedeuten.

Das jahrelange immer weitere Zurückweichen vor den Unternehmerinteressen, schon in rot-schwarzen Zeiten und erst recht jetzt wird die Menschen der SPÖ- und der Gewerkschaftsführung den Rücken zukehren lassen und es Schwarz/Blau noch leichter machen ihre Unternehmerpolitik durchzuziehen. Die Herrschenden fürchten vor allem die Gewerkschaften für das, was sie vermögen und wozu sie letztlich da sind: Den Widerstand an der Basis zu organisieren und Kampfmaßnahmen durchzusetzen bis hin zum Streik.

### Der Umbau in einen autoritären Staat ist voll im Gange

Die schwarz-blaue Regierung will in einem in der 2. Republik noch nie dagewesenen autoritären Stil alle mundtot machen und auswechseln, die ihnen nicht passen. Der Umbau in einen autoritären Staat ist voll im Gang. Das sieht man bei der Justiz, Polizei und Heer, bei Journalisten und beim ORF, bei Maßnahmen im Sozialbereich wie Kürzung von Notstand und Arbeitslosengeld, Besteuerung von Unfallrenten usw. oder wie eben im Bereich der Sozialversicherung, in der die blauschwarze Unternehmerlinie durchgepresst werden soll, gegen gültige Verträge und Vereinbarungen. So hat ja kürzlich der Verwaltungsgerichtshof die Rechtmäßigkeit der Funktion von Hans Sallmutter als Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bis 2005 bestätigt.

Trotzdem will die Regierung die primär von den Vertretern der Arbeiter und Angestellten durchgeführte

Verwaltung in der Sozialversicherung via Staatsmacht kalt übernehmen. Weil sie bei allen Wahlen seit der „Wende“ - so auch die AK-Wahlen - verloren haben. Und weil die AK-Wahlen, die für die FP katastrophal ausging und bei denen die SPÖ-Arbeiter- und Angestelltenvertreter bei weitem die Mehrheit errangen, auch die Zusammensetzung der Sozialversicherung und des Hauptverbandes, so auch des Präsidenten Sallmutter, legitimieren, soll jetzt Sallmutter kalt abgeschossen und umgehend die Zerschlagung der Sozialversicherung begonnen werden. Erster geplanter Schritt: 20% Selbstbehalt. So holt sich wahrscheinlich die Regierung z.B. den gerade gelb-blau plakatierten „Kinderscheck“ gleich wieder zurück!

### Jetzt handeln!

Die Zerstörung und den Ausverkauf österreichischer Staats- und noch teilweise verstaatlichter Betriebe (zuletzt: Telekom, Austria Tabak), die Verschleuderung von Volksvermögen usw. – dies alles und mehr wurde bislang mehr oder weniger sehenden Auges vom ÖGB hingenommen. Jetzt wird die Zerstörung der Sozialversicherung, die soziale Sicherheit für Millionen von Menschen, beschlossen. Wir haben genug davon zu hören, wir sollen maßvoll sein! Wohin führt ein Weg des Stillschweigens, des Zu- oder Wegschauens, der faulen Kompromisse? Dass am Ende die Mitglieder weg sind und dann erst recht die Unternehmer die Gewerkschaften und die arbeitenden Menschen angreifen!

Nehmen wir Metallergewerkschafter Nürnberger beim Wort, der sagte: wann, wenn nicht jetzt sollen wir handeln?

Ja! Genug verhandelt, jetzt gilt es Widerstand zu leisten! Wenn die Arbeitervertreter in Partei- und Gewerkschaftsspitze ihre Glaubwürdigkeit nicht vollends verlieren wollen, dann heißt es: **Jetzt handeln!** Die Unternehmer sind keine „Sozial-Partner“. Sie sind Gegner der Interessen der arbeitenden Menschen. Der einzige Partner für die Gewerkschaftsführung sind wir, die Mitglieder! Doch wir brauchen kämpfende Gewerkschaften.

Die Gewerkschaft sind wir!

**Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!**

**Solidarität ist unsere Stärke – Widerstand unsere Chance!**

### Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das Österreichische Solidaritätskomitee gegründet, weil der Widerstand gegen Zusperrung und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht allein gelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.** Wer mitarbeiten will ist herzlichst eingeladen.

### Spendenkonto

bei der PSK, Nr. 79.348.267 lautend auf Dr. Wilfried Leisch, beim Verwendungszweck bitte ÖSK, Abo oder Spende angeben.

Schicken Sie uns Ihre Antwortkarte oder E-mail-Adresse, damit wir sie über weiteres Vorgehen und weitere und Aktivitäten informieren und falls nötig kurzfristig benachrichtigen können.

Name:

.....

Adresse:

.....

E-mail:

.....

Kopieren und an uns mailen oder per Post schicken

Österreichisches Solidaritätskomitee,  
Ottakringer Straße 242/4/15, 1160 Wien

**E-mail: w.leisch@yline.com**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“ Ottakringer Straße 242/4/15, 1160 Wien.  
Erscheinungsort Wien, P.b.b. Verlagspostamt 1170 Wien, Zulassungsnummer: 01Z022082V